

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 31 (1990)
Heft: 10

Artikel: Bürgerkrieg in der Türkei?
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092978>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bürgerkrieg in der Türkei?

Im Südosten der Türkei scheint sich ein Bürgerkrieg anzubahnen. Seit sechs Jahren führen Kämpfer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) einen Guerillakrieg gegen die Zentralmacht in Ankara. Die türkische Armee versucht, sich mit Sonderstosstrupps und Anti-Terrorereinheiten den Übergriffen entgegenzustemmen.

«Alle zehn Jahre putscht bei uns das Militär», lautet ein geflügeltes Wort in der Türkei. Jetzt wäre wieder ein Putsch fällig gewesen. Und er hat möglicherweise stattgefunden, aber in aller Stille und ohne Aufhebens. Wegen der Kurdenunruhen hat die Regierung von Präsident Turgut Özal ein Ausnahmerecht verfügt. Am vergangenen 28. März erörterte der Nationale Sicherheitsrat Pläne zur Bekämpfung der neuen Gewaltwelle, die die Kurden – nach dem Vorbild des Aufstandes der Palästinenser im von Israel besetzten Gasastreifen und Westjordanland – die «kurdische Intifada» nennen.

«Ausnahmerechte»

Dem Nationalen Sicherheitsrat gehören der Präsident und die Verantwortlichen von Polizei und Militär an. Die am 10. April verkündeten «Ausnahmerechte» sehen unter anderem vor, dass «Personen oder Gruppen

von Personen» das Betreten der «fraglichen elf Provinzen» im Südosten der Türkei verboten werden kann. Die Behörden können Personen aus diesem Gebiet ausweisen oder ihnen einen «anderen Wohnort innerhalb der Region» zuweisen.

Es können ausserdem «zeitweilige oder dauernde Ausgangssperren» verhängt werden. Versammlungen oder Demonstrationen können «verlegt oder verboten» werden. Den Sicherheitskräften ist es gestattet, «Besitztümer oder Autos» zu durchsuchen. Streiks kann der Gouverneur der elf Provinzen für «einen Monat aufschieben». Er kann zudem «Vereinigungen und Organisationen» die Betätigung für drei Monate untersagen.

All diese Ausnahmerechte werden «administrativ vollzogen», das heisst, sie können nicht durch Gerichte überprüft werden.

Den «Ausnahmerechten» haben sich auch die Medien zu unterwerfen. Strafe droht jenen Journalisten und Herausgebern, die «verzerrt oder verfälscht» über Zwischenfälle in einem Gebiet unter Ausnahmezustand berichten oder die Sicherheitsorgane «bei ihrer Arbeit behindern». Die Massnahmen wurden den Verlegern und Redaktionsleitern von Özal selbst und dem Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates,

General Yirmis Besoglu, «erläutert». Den Medien wird somit angeraten, sich selbst zu zensurieren.

3000 Jahre alter Wunsch

Mitte März kündigte eine Zunahme der Ausschreitungen in den Südostprovinzen eine «neue Phase» an im Kampf der Kurden für Unabhängigkeit. Die grösste Demonstration ereignete sich am 23. März in Cizre, in der Provinz Mardin. Tausende von Kurden zogen durch die Strassen und riefen «Nieder mit der Türkei!» und «Lang lebe das freie Kurdistan!».

Der Wunsch der Kurden nach Unabhängigkeit ist über 3000 Jahre alt. Und so weit reicht auch ihre Geschichte zurück. Die Kurden sind ein Volk von schätzungsweise 23 Millionen Menschen mit eigener Kultur und eigener Sprache. Aber die Kurden sind eine Nation ohne eigenen Staat. Sie haben das unselige Schicksal, in einem Gebiet zu leben, in dem sich ebenfalls über Jahrtausende hinweg die Interessen der Regionalmächte überschneiden.

Kurdische Minderheiten gibt es im Irak, in Iran, in der Türkei, in der Sowjetunion und in Syrien. Seit Jahrhunderten bekämpfen sich die Kurden auch untereinander. Darin liegt einer der Hauptgründe dafür, warum sie sich nie zusammenschliessen und als Einheitsfront für ein unabhängiges Kurdistan eintreten konnten. Heute behaupten kurdische Anführer, die Kurden seien seit über zwei Jahrzehnten nicht mehr so geeint gewesen wie heute. Das äussert sich in steigender Gewalt, vorab in der Türkei.

Während des achtjährigen Golfkrieges zwischen dem Irak (als dem ursprünglichen Aggressor) und dem Iran gerieten die Kurden zwischen die Fronten. Die iranische Regierung nutzte den Kurdenkonflikt im Irak aus, um Kurden als Kanonenfutter an der Grenze einzusetzen. Auf der Gegenseite liessen die irakischen Militärs keine Gelegenheit aus, um in ihrem autonomen Kurdistan für «klare Verhältnisse» zu sorgen: Ganze Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht, 1988 kam es zum Giftgasmassaker von Halabdscha (5000 Tote), und Tausende von Kurden wurden in den Süden des Irak zwangsumgesiedelt.



Auge um Auge, Zahn um Zahn

Ähnlich wie die irakische Führung unter Saddam Hussein vertritt offenbar auch die türkische Regierung heute die Auffassung, dass das Kurdenproblem nur mit rein militärischen Mitteln gelöst werden kann, also «Auge um Auge, Zahn um Zahn».

Die Türkei verfügt zwar mit zwölf bis fünfzehn Millionen über eine nennenswerte kurdische Minderheit, amtlich jedoch gibt es keine Kurden. Es gibt nur Türken, das heisst, die Regierung in Ankara spricht von den Kurden als von Bergtürken. Und weil es keine Kurden gibt, ist die kurdische Sprache verboten.

Die Sieger des Ersten Weltkrieges wollten einen kurdischen Staat schaffen. So steht es zumindest im Friedensvertrag von Sèvres (1920). Vorgängig hätte Kurdistan seine Autonomie erhalten sollen. Der Vertrag wurde jedoch nie vom türkischen Parlament ratifiziert. Im Friedensvertrag von Lausanne 1923 (die Türkei war mittlerweile Republik unter Mustafa Kemal geworden) ist Kurdistan mit keiner Silbe mehr erwähnt. Seither kämpfen die Kurden, aber jeder und jede nationalistische Bewegung für sich, für einen eigenen Staat.

Bekannt und gefürchtet ist in der Türkei Apocus, die Kurdische Arbeiterpartei. Sie formte sich 1974 aus der Türkischen Revolutionären Jugend in Ankara und verkroch sich 1979 in Kurdistan. Ihre Parole lautet



Ministerpräsident Turgut Özal.

«Kampf dem Feudalismus und Kolonialismus». Bis anhin standen auf der Liquidationsliste kurdische Dorfälteste, Beamte und vorab Regierungssoldaten. Doch die PKK hat ihre Taktik und Strategie offenbar geändert: Die PKK-Kämpfer haben ihren Widerstand «verlagert». Bisher beschränkten sich die bewaffneten Auseinandersetzungen auf Gebiete in den unwegsamen Bergen. Jetzt wird der Konflikt in die Provinzstädte getragen und bekommt eine neue Dimension.

Aus einem Bericht des türkischen Geheimdienstes geht hervor, dass die Kurdische Arbeiterpartei «in den grösseren Städten operiert und die Bewohner zum Widerstand gegen die Behörden und die Sicherheitskräfte anstiftet». Die PKK rufe zu organisierten Demonstrationen, Streiks, Boykotten und der Besetzung öffentlicher Gebäude auf. Die kurdischen Dorfbewohner beteiligten sich an den Kundgebungen. Früher hätten es selbst die Kurden, die mit den Zielen des kurdischen Nationalismus sympathisierten, vermieden, sich mit den von der PKK organisierten Unterfangen zu solidarisieren; manche hätten den Behörden gar bei der Ergreifung der «Terroristen» geholfen. Die «Aufgabe für die Armee», die bisher die aufständischen Kurden in den östlichen Bergregionen und den ländlichen Gebieten erfolgreich bekämpft hat, «ist schwieriger geworden».

Steigende Spannung

Die Regierung in Ankara hat sich für eine Politik der militärischen Stärke entschieden. Sie musste das tun, weil die Ungeduld der Armee schwerer wiegt als die politischen Intentionen und Ambitionen von Präsident Özal, die Türkei als ein europäisches Land unter anderem in die Europäische Gemeinschaft (EG) zu führen.

Die Türkei macht Syrien für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Damaskus gewährt dem PKK-Anführer, Abdullah Öcalan, Gastrecht. Die Syrer drillten PKK-Kämpfer in libanesischen Lagern in dem von ihnen kontrollierten Bekaa-Tal. Ausgerüstet mit modernen Waffen, würden danach die Kurden über die syrische Grenze in die Türkei eingeschleust.

Damaskus hat die Vorwürfe aus Ankara zurückgewiesen. Die Stabilität der Türkei, wie sich der syrische Botschafter in Ankara unlängst äusserte, hänge mit jener Syriens eng zusammen. Auch in Syrien gebe es eine kurdische Bevölkerung. Wenn es zu Unruhen in der Türkei komme, dann könne der Funke leicht auf Syrien überspringen.

In Syrien leben etwa 600 000 Kurden. Sie werden seit Jahren «arabisiert». Während des Golfkriegs förderte der syrische Staatsschef Hafes es-Asad den Kampf der Kurden, soweit er sich gegen den Irak richtete. Es ist denkbar, dass Syrien die PKK unterstützt. Schon vergangenen Oktober drohte Özal,

die Türkei werde die Wasser des Euphrat zurückhalten, wenn Asad fortfare, die PKK zu unterstützen.

Sowohl für die Türkei als auch für Syrien (und den Irak) ist der Euphrat ein «kritischer Faktor». Sein Wasser ist lebenswichtig für die Landwirtschaft, für die Erzeugung elektrischer Energie. Experten sagen Syrien um das Jahr 2000 ein jährliches Wasserdefizit von tausend Millionen Kubikmetern voraus, und das bei einem Bevölkerungswachstum von 3,8 %/Jahr. 1987 zählte Syrien 11, die Türkei 53 Millionen Einwohner; im Jahr 2000 werden es 18 beziehungsweise 67 Millionen sein (die türkische Bevölkerung wächst um jährlich etwa 1,9 %).

Die Türkei kann somit Syrien mit Wasser erpressen, zumal die Syrer über keine andere Alternative als die Kurden verfügen: Indem Damaskus die PKK unterstützt, soll Ankara gefügig gemacht werden.

In der Türkei wird aber öffentlich über die Möglichkeit gesprochen, einen Angriff nach israelischem Stil gegen das PKK-Hauptquartier in Damaskus und die Ausbildungslager im Bekaa-Tal durchzuführen. Der türkische Oberbefehlshaber, General Necip Toruntay, deutete Ende März auch an, dass eine «Verfolgungsjagd auf Rebellen», die über die Grenze in benachbarte Staaten wie Syrien und den Irak gehen, nicht ausgeschlossen werden kann.

Nato ist ebenfalls betroffen

Nach einem stillschweigenden Übereinkommen aus dem Jahr 1984 zwischen Ankara und Bagdad ist es der türkischen und der irakischen Armee erlaubt, im Falle einer Eskalation des Kurdenkonflikts «in begrenztem Umfang militärisch auf dem Gebiet des Nachbarstaates zu operieren». Unlängst sagte ein türkisches Kabinettsmitglied: «In der südöstlichen Region wird gegenwärtig ein nicht offiziell erklärter Krieg geführt, an dem einige fremde Mächte beteiligt sind.» Die (kurdischen) «Terroristen» würden als «Waffe gegen uns eingesetzt».

Die Verschärfung des Konflikts in Türkisch-Kurdistan kann die Atlantische Allianz (Nato) nicht unberührt lassen. Die Türkei ist Mitglied des westlichen Verteidigungsbündnisses. Von der amerikanischen Botschaft in Ankara veräutbarte, die westlichen Partner würden der Türkei helfen, sollte sie von Syrien angegriffen werden. Gleichzeitig legten die Amerikaner der türkischen Regierung nahe, das «Problem Kurdistan und PKK» aus eigener Kraft zu lösen. Kurden in der Türkei sehen die Zukunft düster. Entweder werde die Türkei «zurückgepfiffen» oder – was wahrscheinlicher sei – diese werde einen Schlag gegen Kurden im Irak, Iran und in Syrien führen. Das bedeutete dann «libanesischen Verhältnisse» in Kurdistan.